



Nr. 141. Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang. Dienstag, 21. Juni 1921.

Verkaufspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.90 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

### Deutscher Reichstag.

#### Schluß der Debatte über die Garais-Interpellation.

Berlin, 20. Juni. Der Reichstag überwiegt heute debattelos den Entwurf der deutsch-chinesischen Friedensvereinbarungen seinem Auswärtigen Ausschuss und setzte dann die Besprechung der Garais-Interpellation fort. — Abg. Bazille (D.R.) stellte fest, daß die Klärung der Angelegenheit Sache der Staatsanwaltschaft und der Gerichte sei, nicht aber des Reichstags. Er fragte, warum die Regierung dieser Interpellation den Vorzug gegenüber den Interpellationen über Oberschlesien und das besetzte Rheinland gegeben habe. Der Redner verteidigte die Regierung sehr in Bayern, die keineswegs reaktionär sei und gegen die Arbeiterschaft regiere, was auch im 20. Jahrhundert ausfichtlos wäre. Der Staat der Zukunft könne nur der soziale Staat sein. Seine Partei vertrete die wahre Demokratie. Sie wende sich nicht gegen die lebendigen Gedanken der neuen Zeit, sondern nur gegen ihre radikale Verzerrung. Die Interpellation diene nur politischen Zwecken und der Reichskanzler habe vor der höchsten Instanz sich tief verbeugt, die Rechte aber unerschrocken angegriffen. Wenn er die Verwilderung der politischen Sitten besorgen wolle, dann solle er im eigenen Hause anfangen. — Abg. Schöch (D.V.P.) verurteilte den Mord wie überhaupt ein politisches Verbrechen, das zum Faustrecht führe. Die Rede des Reichskanzlers vertrat nichts von Objektivität, die dieser selbst gefordert habe. Es mache den Eindruck, als ob er bei der Politik der Sammlung nach links gar keinen und nach rechts einen scharfen Trennungsschnitt mitten zwischen den bürgerlichen Parteien ziehen wolle. Solange der Mord nicht aufgeklärt sei, habe der Reichskanzler keinen Anlaß, sich mit ihm zu befassen. — Abg. Haym (Dem.): Die Beratung dieser Interpellation im Reichstag kann in ihrer bisherigen Form dem Verhältnis Bayerns zum Reich kaum förderlich sein. Wir müssen in dieser Frage weise Vorsicht walten lassen, wie sie auch der Reichskanzler gefordert hat. Der in Nacht und Nebel verübte feige Mord ist nicht aufgeklärt. Da ziemt sich Zurückhaltung und Schweigen. Wenn „Vorwärts“, „Freiheit“ und „Münchener Post“ es so hinstellen, als sei festgestellt, daß der Mord von reaktionärer Seite verübt sei, so ist das eine Sünde wider die Gerechtigkeit. (Sehr richtig bei den Demokraten und rechts.) Weil auch die Arbeiterschaft es gesehen hat, daß keine Beweise für den Verdacht eines politischen Mordes vorhanden sind, darum ist der Generalstreik gescheitert. Man darf in der Rede des Reichskanzlers nicht eine Gehässigkeit gegen rechts sehen. (Rufe rechts: Ja, na, hätte er geredet wie Sie.) In Bayern ist das Verlangen des Volkes nach Ruhe und Ordnung sehr verständlich, denn hier war die Revolution volkstümlich und unwürdiger als anderswo. Die Unterscheidung zwischen Volkswirtschaft, U.S.P. und Sozialdemokraten war während der Räuberherrschaft schwer zu machen. Immerhin verdient die plumpe Sehe des „Völkischen Beobachters“ und des „Miesbacher Anzeigers“ die schärfste Verurteilung. Die überhitzte Stimmung und Neigung zu Gewalttätigkeiten ist auch in München auf einen ganz kleinen Kreis beschränkt. Der Geist des „Völkischen Beobachters“ ist durchaus unbayerisch. Wir erstreben die Versöhnung. Aber was hat die Partei des Herrn Bazille für diese Versöhnung getan? Sie hat den wüsten Kadaverantimilitarismus gefördert. (Sehr war links.) Sie hat nichts getan gegen die bößhaften wüsten Beschimpfungen der Reichsregierung, die tatsächlich zur Gefährdung des Reichsgedankens führen. (Sehr richtig links.) Der mißglückte Generalstreik war ein Anschlag gegen die Volkstfreiheit der anderen und gegen die Staatsordnung. Dadurch wird der Abbau des Ausnahmezustandes nicht gefördert, den auch wir erstreben. Wir wollen Sühne, aber wir wollen darüber hinaus auch Versöhnung. (Beifall in der Mitte.) — Abg. Kemmle (Komm.), während dessen Rede die Rechte den Saal verließ, erklärte, die bayerische Regierung sei nicht das Produkt von Wahlen. Nicht mit Parlamentsreden könne man die bayerischen Zustände ändern, sondern nur durch die Kraft der Arbeiterschaft. — Abg. Pfeiffer (Str.) erhofft eine baldige Sühne des Mordes, den die bayerische Regierung aufklären werde. Seine Partei lehne es ab, in ihre Befugnisse einzugreifen. Was in einzelnen Presseorganen geschrieben werde, habe mit bayerischer Art nichts zu tun. Der Redner trat schließlich für eine Politik der Versöhnung ein. — Abg. Eisenberger (Vöb.) erklärte, daß es Nichtbayern seien, die Bayern in den schlechten Ruf gebracht hätten. Kahe sei gegenüber den norddeutschen reaktionären Einflüssen zu vertrauensvoll. Wenn die Bayern beim nächsten kommunikativen keine Waffen hätten, so seien daran die reaktionären norddeutschen Säbelträger schuld, die sich in die Einwohnerverschutz eingenistet hätten. — Das Schlusswort erhielt der Abg. Solbmann (U.S.P.), der mit der Forderung des Rücktritts der Reichsregierung schloß. — Die nächste Sitzung beginnt morgen nachmittags 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen und Anfragen.

### Schweres Grubenunglück.

Herne, 20. Juni. Auf der Zeche Mont Cenis ereignete sich heute mittag gegen 12 Uhr eine schwere Schlagwetterexplosion. Bis 3 Uhr nachmittags wurden 22 Tote und eine erhebliche Anzahl von Verletzten zutage gefördert. Das Unglück ereignete sich auf der 5. Sohle. Die gewaltige Explosion war so stark, daß auch die 3. und die 4. Sohle erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurden. In der Grube befanden sich zur Zeit der Explosion 300 Mann, von denen bisher erst 120 zutage gefördert wurden. 180 Mann sind bis jetzt noch in der Grube. Die Rettungsarbeiten sind ungemein erschwert, weil der größte Teil der Strecke zu Bruch gegangen ist. (Die Grube Herne liegt im Westfälischen Kohlenrevier.)

Herne, 20. Juni. Eine amtliche Meldung von 7 Uhr abends besagt: 28 Tote und eine große Anzahl Verletzter, vorwiegend Leichtverletzte, sind geborgen. 14 Mann werden noch vermisst.

Herne, 21. Juni. Von den bei der Schlagwetterexplosion auf der Zeche Mont Cenis Verunglückten sind nach einer amtlichen Meldung bis gegen 2 Uhr früh 68 Tote und 73 Verwundete, darunter 26 Schwerverletzte, geborgen worden.

### Ein Antrag zur Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags.

Berlin, 21. Juni. Der Abg. Kahl (D.V.P.) hat folgenden Antrag für die Geschäftsordnung des Reichstags eingebracht: Ein Mitglied des Reichstags, das sich den Anordnungen des Präsidenten trotz dreimaliger Aufforderung widersetzt, ist unter Entziehung des Ausschlusses und dem Recht der Teilnahme an den Sitzungen und den Betreten des Reichstagsgebäudes ausgeschlossen.

### Zur Lage in Oberschlesien.

#### Immer wieder die polnischen Gewalttaten.

Berlin, 21. Juni. Aus Katowitz berichtet der „Berliner Lokalanzeiger“, daß der polnische Stadtkommandant im nördlichen Stadtteil mehrere deutsche Apo-Beamtete entworfen und abführen ließ, um Austauschgeiseln für ebensoviele polnische Apo-Beamtete zu bekommen.

Berlin, 20. Juni. Der Reichstagsabgeordnete Bias, der von einiger Zeit von den polnischen Insurgenten festgenommen und verschleppt worden war, ist auf die energischen Vorstellungen des Vertreters der deutschen Regierung bei der interalliierten Kommission am 18. Juni, morgens, wieder freigelassen worden.

Oppeln, 20. Juni. Aus dem Kreise Ratibor sind immer noch 80 Deutsche verschleppt. Das Schicksal dieser unglücklichen Männer und Frauen ist unbekannt. 30 von ihnen befinden sich in Ködersdorf in einem Keller, der nur als ein mittelalterliches Verlies bezeichnet werden kann. Die Unglücklichen müssen durch den Luftentzug in geschlossenen Keller eine ernsthafte Schädigung ihrer Gesundheit davontragen. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Beuthen bestätigt wird, nagelten die Polen die verwundeten Gefangenen an die Scheunentüren und Bäume, indem sie ihnen Nägel durch Füße und Hände und Holzspäne unter die Fingernägel trieben.

### Die Unterstützung der polnischen Anführer durch die Franzosen.

Berlin, 20. Juni. Die Blättermeldungen aus Oberschlesien zufolge bleiben auf Grund des Befehls Leronds, dessen Gültigkeit mangels Zustimmung der gesamten interalliierten Kommission in Zweifel gezogen wurde, überall in den von den Insurgenten geräumten Orten polnische Ortswehren zurück. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften haben in einem Telegramm an die Kommission gegen diese offensichtliche Begünstigung des Aufstandes Verwahrung eingelegt. London, 21. Juni. Der „Manchester Guardian“ meldet aus Oppeln: Wenn die Franzosen ihre Politik der Begünstigung der polnischen Insurgenten auf Schritt und Tritt fortsetzen und jede geringe Schwierigkeit ausbeuten, um den Aufstand zu verlängern, dann kann es zu einem ernstlichen Bruch innerhalb der Interalliierten Kommission kommen. Die Geduld der britischen Mitglieder ist zu Ende. Es sei nötig, daß England wieder einen größeren Einfluß in der Kommission gewinne, oder aber eine unabhängige Aktion ergreife.

Oppeln, 20. Juni. In einem am 19. Juni an die Interalliierte Kommission gerichteten Telegramm weisen die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens darauf hin, daß der „Oberschlesische Wegweiser“, das in deutscher Sprache erscheinende Organ Korsantys, über zwischen Vertretern der Interalliierten Kommission und den Insurgenten getroffene Abmachungen berichtet, die sich auf Schaffung einer polnischen Miliz in dem von der bisherigen neutralen Zone abgegrenzten Gebiet beziehen und protestieren aufs schärfste auch nur gegen die Absicht solcher dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages zuwiderlaufender Abmachungen. Daß solche Abmachungen getroffen worden seien, werde nur um so wahrscheinlicher durch die inzwischen bekannt gewordene Absicht, den Eisenbahnbetrieb im Industriebezirk von Gleiwitz in den Händen der Insurgenten zu belassen. Die Kommission gebe sich dem schwersten Irrtum hin, wenn sie hoffe, durch solche Abkommen die Besiedlung Oberschlesiens und die Wiederaufnahme seines Wirtschaftslebens zu erreichen. Der einzige Weg zu diesem Ziel sei die Wiederherstellung völlig gesetzmäßiger Zustände unter Ausschaltung jeglicher Nebengewalt. Das Telegramm fordert daher, daß die Interalliierte Kommission im gesamten Abkommensgebiet die unumstrittene, ihr durch den Friedensvertrag anvertraute Regierungsgewalt wieder in ihre Hände bringt und das Land ausschließlich durch die gesetzmäßigen Behörden verwalten läßt.

ten Gebiet beziehen und protestieren aufs schärfste auch nur gegen die Absicht solcher dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages zuwiderlaufender Abmachungen. Daß solche Abmachungen getroffen worden seien, werde nur um so wahrscheinlicher durch die inzwischen bekannt gewordene Absicht, den Eisenbahnbetrieb im Industriebezirk von Gleiwitz in den Händen der Insurgenten zu belassen. Die Kommission gebe sich dem schwersten Irrtum hin, wenn sie hoffe, durch solche Abkommen die Besiedlung Oberschlesiens und die Wiederaufnahme seines Wirtschaftslebens zu erreichen. Der einzige Weg zu diesem Ziel sei die Wiederherstellung völlig gesetzmäßiger Zustände unter Ausschaltung jeglicher Nebengewalt. Das Telegramm fordert daher, daß die Interalliierte Kommission im gesamten Abkommensgebiet die unumstrittene, ihr durch den Friedensvertrag anvertraute Regierungsgewalt wieder in ihre Hände bringt und das Land ausschließlich durch die gesetzmäßigen Behörden verwalten läßt.

### Ein deutscher Plan zur Räumung Oberschlesiens.

Berlin. Blättermeldungen aus Oppeln zufolge hat General Höfer gestern dem englischen General Henniker einen vom Zwölfersausschuß der deutschen Parteien ausgearbeiteten neuen Räumungsplan überreicht. In Besprechung mit dem Vorsitzenden des Zwölfersausschusses, Uhlira, erklärte das italienische Mitglied der interalliierten Kommission, daß die deutschen Vorschläge im ganzen als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen angesehen werden könnten.

### Die Parteien des preussischen Landtags zur ober-schlesischen Frage.

Berlin, 20. Juni. Im preussischen Landtag haben die Zentrumspartei, die Deutsch-Nationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Deutsche demokratische Partei einen Antrag eingebracht, der vom Staatsministerium Auskunft darüber verlangt, was in Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 11. Mai ds. J. geschehen ist, durch den das preussische Staatsministerium aufgefordert wurde, beim Reich dahin zu wirken, daß die alliierten Mächte ihren Verpflichtungen in Oberschlesien nachkommen, und alles zu tun, um die schwere Lage der ober-schlesischen Bevölkerung zu erleichtern. Ferner verlangt der Antrag, daß das Staatsministerium durch Vermittlung des Reichs bei der Interalliierten Kommission nachdrücklich dahin wirke, daß diese, solange sie die Ruhe, Sicherheit und Ordnung nicht selbst zu gewährleisten vermag, den durch die Lage unbedingt gebotenen Selbstschutz der ober-schlesischen Bevölkerung nicht beeinträchtigt, für die Befreiung der verschleppten Deutschen Sorge trage und inwischen deren Lage erträglich gestalte. Das Staatsministerium soll weiter beim Reich auf Schadloshaltung der an ihrer Person oder ihrem Eigentum geschädigten Deutschen durch Polen und durch die alliierten Mächte als den derzeitigen Inhabern der Staatsgewalt hinwirken, Abhilfe der aus diesen Schäden sich ergebenden Notstände aus Reichsmitteln herbeiführen und einstweilen preussische Mittel zur Verfügung stellen. Schließlich soll das Staatsministerium sobald als möglich das für die Feststellung der Schäden, sowie der polnischen Gewalttaten erforderliche Material zur Verwertung durch das Reich sammeln und sichten und das Ergebnis dem Landtag mitteilen.

### Der wirtschaftliche Schaden in Oberschlesien.

Wie die Blätter aus Oppeln melden, belaufen sich nach amtlichen Feststellungen der zuständigen Handelskammern die bis jetzt durch den Insurgentenaufstand hervorgerufenen Schäden auf mindestens drei Milliarden Mark und erreichen besonders im Industriegebiet tagtäglich eine Höhe von 20 bis 30 Millionen Mark.

### Stillschanden des Wirtschaftsverkehrs zwischen Oberschlesien und Stettin.

Berlin, 20. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, ist fast die ganze Schifffahrt zwischen Stettin und dem ober-schlesischen Industriegebiet stillgelegt. Von den etwa 2000 Rähnen liegen zwischen Kosel und Oppeln 1600 Rähne fest.

### Die französische „Menschlichkeit“

Berlin, 21. Juni. Wie der Reichsminister für die besetzten rheinischen Gebiete mitteilt, hat die interalliierte Rheinlandskommission den Aufruf der Oberschlesienhilfe, in dem zu Spenden für die durch die Insurgenten geschädigten Oberschlesier aufgefordert wird, verboten. — Das Rheinland soll doch französisch werden, da passen solche deutsche Angelegenheiten nicht in die Stimmungsmache.

### Die englisch-französischen Verhandlungen über Oberschlesien.

Paris, 20. Juni. Bei den Beratungen zwischen Lord Curzon, Briand und dem italienischen Vorkämpfer am Sonntag nachmittags besaßte man sich zunächst mit dem ober-schlesischen Problem. Der diplomatische Berichterstatter der Agence Havas will wissen, daß die

...Konzeption  
...Anlagen  
...Kauf  
...Hausarbeiten  
...Ferkel  
...Schweine  
...Haarwasser  
...Zither  
...Herb

Zugehörigkeiten der englischen Regierung in Bezug auf die Teilung des Industrielebens in Oberschlesien darauf beschränkt werden, Polen das Eigentumsrecht darauf zuzusprechen, dagegen die Ausdehnung des Bezirks Deutschland zu überlassen. Auf der wahrscheinlich im Juli stattfindenden Sitzung des Obersten Rats werde neben der Beratung der oberschlesischen Frage auch die Aufhebung der im März in London über Deutschland verhängten Zwangsmaßnahmen angesehnen werden.

Wie der „Matin“ mitteilt, haben Ministerpräsident Briand und Lord Curzon den Beschluß gefaßt, die drei alliierten Kommissare in Oppeln mit Nachdruck aufzufordern, nun endlich den Bericht über die Grenzfestsetzung zu erstatten. Sie sollen sich einigen und man habe ihnen sehr ernst mit der Entsendung von Sachverständigen gedroht, die an ihre Stelle treten sollen. — Nach Berlin im „Echo de Paris“ habe Lord Curzon erklärt, was auch der „Welt Parisien“ bestätigt, daß nach der Ansicht seiner Regierung das Industriegebiet Oberschlesiens unteilbar sei, und daß angesichts der von Deutschland verlangten Mehrheit seine Zuerkennung an das Deutsche Reich nicht verhindert werden könne. An Stelle General Leroys habe Curzon eine hohe Persönlichkeit, die außerhalb des Heeres stehe, vorgeschlagen. Die im März und April verhängten Zwangsmaßnahmen an Rhein und Curzon aufgehoben haben, während Briand diese Frage dem Obersten Rat vorbehalten will. — Nach dem „Journal“ soll ein gemeinsames Vorgehen der alliierten Regierungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit im Abstimmungsgebiet beschlossen worden sein.

**London, 20. Juni.** Laut „Times“ ist der Meinungsaustrausch zwischen Curzon und Briand vollkommen offen und freundschaftlich gewesen und, obgleich die Frage eines allgemeinen französisch-englischen Einvernehmens hinsichtlich des Bündnisses nicht erörtert wurde, sei am Quai d'Orsay während des Wochenendes Stimmung für einen solchen Plan vorhanden gewesen. — Das hat man doch schon vorher gewußt.

### Englische Stimmen.

**London, 20. Juni.** Die „Morning Post“ meldet zu den Pariser Erörterungen über die oberschlesische Frage, man hoffe, daß die tatsächliche Entscheidung nur eine Formalität sein werde, da jetzt beide Regierungen bezüglich der Grundfrage vollständig übereinstimmen, auf der das Schicksal Oberschlesiens entschieden werden müsse. Briand und Curzon seien mit den Ergebnissen ihrer Beratungen vollkommen zufrieden. Briand persönlich sei entzückt. (Dann wehe Oberschlesien!)

**London, 20. Juni.** Die „Times“ melden aus Oppeln, in Oberschlesien fehne sich jedermann darnach, daß normale Verhältnisse wieder eintreten. Korfanty sei darüber sehr erfreut. Die Alliierten seien so gut wie gezwungen, die Herrschaft der Polen über das Industriegebiet anzuerkennen. Korfanty erwähne, der „Times“ zufolge, daß der größte Teil des augenblicklich von den Insurgenten besetzten Gebiets polnisch werden würde. — Der Times-Berichterstatter schreibt dazu, dieser Ausdruck äußerster Vertrauens und äußerster Befriedigung sei fast humoristisch. Worauf Korfanty seine Zuversicht stütze, sei die Tatsache, daß er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die vor 14 Tagen den Zustand zu einem verhängnisvollen Ende zu bringen drohten, überwunden habe und weil die Deutschen daran zweifeln, daß die Alliierten jemals Schritte tun würden, um den polnischen Aufstand zu unterdrücken.

## Deutschland.

### Vom Reichsrat.

**Berlin, 21. Juni.** Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf betreffend die Rechtsverhältnisse der ehemals elsäß-lothringischen Beamten und den Entwurf einer Besoldungsordnung für die früheren elsäß-lothringischen Landesbeamten nach den Beschläßen seiner Ausschüsse an. Der Reichsrat genehmigte abermals eine Anzahl Nachtragsetats für 1921. Im Etat des Auswärtigen wurden 10 Millionen Mark gestrichen. Im Etat des Ernährungsministeriums wurden zur Verbilligung von Auslandsgetreide und Mehl noch 7,33 Milliarden bewilligt. Der Reichsrat nahm noch den Gesetzentwurf über die Vohnsteuer an. Danach ist bei Einkommen bis 24 000 Mark die Steuer durch den Lohnabzug von 10 Prozent als getilgt anzusehen, und nur bei einem höheren Einkommen findet eine besondere Veranlagung statt. Die Berechnung der eingehaltenen Beträge gegenüber der endgültigen Steuer erfolgt später.

### Der Reichskanzler in Essen.

**Essen, 20. Juni.** Nach Besichtigung der Elektroausstellung in Essen durch den Reichskanzler Dr. Wirth begrüßte Oberbürgermeister Dr. Luther den Reichskanzler, indem er ihm aufrichtigen Dank dafür sagte, daß er gerade jetzt ins Ruhrgebiet gekommen sei. Anschließend hieran hat er den Reichskanzler dringend, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Leiden des besetzten Gebiets gemildert und daß besonders die Nachbarstädte Duisburg und Düsseldorf schnellstens von dem furchtbaren Druck der Besetzung erlöst würden.

**Essen, 20. Juni.** In seiner Ansprache an den Reichskanzler gab Oberbürgermeister Dr. Luther der Freude darüber Ausdruck, daß der Reichskanzler sobald zu einer großen politischen Kundgebung in die Mitte der schwer arbeitenden Bevölkerung des Ruhrgebiets gekommen sei, die daraus entnehmen werde, daß das Ruhrgebiet von der Reichsregierung nicht mehr als Afsenbrödel angesehen werde, als das es so oft behandelt worden sei. Am die Fähigkeiten der Bevölkerung mit Erfolg in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, müsse aber die Reichsregierung dafür sorgen, daß die soziale, die kulturelle und die wirtschaftliche Freiheit nach innen und außen erhalten bleibe. — Reichskanzler Dr. Wirth erwiderte, daß sich die Reichsregierung der Schwere der Sanktionen und der damit verbundenen wirtschaftlichen Nachteile besonders für die Städte Duisburg und Düsseldorf voll bewußt sei und daß sie bei den Alliierten alles tun werde, um der Heberzeugung, daß die Sanktionen aufgehoben werden müßten, Bahn zu schaffen. Der Stadt Essen dankte der Reichskanzler dafür, daß ihm die Stadt gezeigt worden sei und die Elektroausstellung, die ihre Durch-

führung dem Elektrotechnischen Verein in Essen und der Mitarbeit führender Persönlichkeiten in Essen und der Nachbarschaft von Essen verdanke. Wenn überall so wie hier in Essen in Industrie und Naturwissenschaft weitergearbeitet und weitergeforcht werde, so müsse es gelingen, das harte Schicksal des deutschen Volkes zu meistern. Wir brauchen, wenn wir durchkommen wollten, alle Kräfte, die in Deutschland überhaupt mobil gemacht werden könnten. Die Reichsregierung habe Ziel und Richtung der großen Politik vorgezeichnet. Diese Politik sei im Volk im weitestem Maße verstanden worden. Die Politik der Verständigung und Versöhnung nach innen und außen dürfe nicht scheitern. Das uns gesteckte Ziel sei, durch Arbeit zur Freiheit zu kommen. Der Wille, aufrichtig und treu dem bekannten Ziel zuzustreben, müsse stets fliehen aus der großen Liebe zum Vaterland und zum Volk. In diesem Sinne rufe er der Stadt Essen Glück auf!

### Fortsetzung der Verhandlungen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs.

**Berlin, 21. Juni.** Zu einer Pariser Zeitungsmeldung, daß die französischen Sachverständigen Lefevre und Chegaon nach Berlin abgereist sind, um die in Wiesbaden begonnenen Verhandlungen über das Wiederaufbauprogramm fortzusetzen, erklärt der Lokalanzeiger, daß diese Besprechung auf deutscher Seite vom Präsidenten Guggenheimer geleitet werde. Auch Staatssekretär Bergmann werde daran teilnehmen.

### Ein Erlass des preussischen Innenministers gegen die Verwendung von Kommunisten im Staats- und Gemeinde-Dienst.

**Berlin, 21. Juni.** Wie das „Achtuhr-Abendblatt“ erzählt, hat der preussische Minister des Innern an die Oberpräsidenten einen Erlass gerichtet, in dem es heißt: Nach der Haltung, welche die Kommunisten bei den letzten Unruhen gezeigt haben, und ihrer auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Propaganda können Anhänger dieser Richtung nicht für geeignet erachtet werden, ein wichtiges obrigkeitliches Amt in der Staats- oder Gemeindeverwaltung, insbesondere das eines Landrats, Amtsvorstehers, Bürgermeisters oder Gemeindevorstehers, zu bekleiden.

### Arbeitslosenaustrreibungen in Berlin.

**Berlin, 21. Juni.** Vor dem Berliner Gewerkschaftsgebäude fanden heute erneut von den kommunistischen Erwerbslosenführern angeordnete Demonstrationen statt. Die Demonstranten drangen in das Gebäude ein und versuchten eine gerade tagende Betriebsräteversammlung zu sprengen. Schuttpolizei drängte die Erwerbslosen aus dem Gebäude heraus und nahm einige Verhaftungen vor. Das Gebäude ist jetzt noch von einer ungeheuren Menschenmenge umlagert.

**Berlin, 21. Juni.** Bei den Arbeitslosen-Strawallen in dem Berliner Gewerkschaftsgebäude ist der mehrheitssozialistische Gewerkschaftsführer Sabath von den in das Gebäude eingedrungenen Demonstranten schwer mißhandelt worden. Er erlitt erhebliche Verletzungen. Zur Vertreibung der nach Tausenden zählenden Demonstranten mußten zwei Hundertschaften Schutzpolizei eingesetzt werden. Die Arbeitslosen haben in dem Bureau des Gewerkschaftshauses verschiedene Demonstrationen verübt. Fensterbretter wurden eingeschlagen und in die Fensterrahmen rote Fahnen gesteckt.

### Antisemitische Antriebe an der Nürnberger Handelshochschule.

**Berlin, 20. Juni.** Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Nürnberg gemeldet wird, haben die Dozenten der Nürnberger Handelshochschule wegen antisemitischer Antriebe eines Teils der Studentenschaft die Vorlesungen eingestellt. Erst nachdem eine Studentenversammlung ein Disziplinarverfahren gegen den Führer der Bewegung, Stroembörfer, gebilligt hatte, nahmen die Dozenten die Vorlesungen wieder auf. Der Senat der Hochschule hat die Entlassung Stroembörfers verfügt.

### Verhaftung des Attentäters auf den Abgeordneten Sängler.

**Berlin, 21. Juni.** In München ist ein Kaufmann Körner verhaftet worden, der als Verüder des Anschlags auf den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Sängler festgestellt wurde. Kaufmann Körner hatte nach einer Versammlung den Abgeordneten auf der Straße überfallen und verprügelt.

### Die Sanktion — ein Geschäft.

**Köln, 17. Juni.** Bekanntlich ist vor Verhängung der Sanktionen besonders von französischer Seite gesagt worden, daß diese Maßnahmen notwendig seien, um Deutschland auf diesem Wege zur Zahlung zu zwingen. Die Tatsachen beweisen jedoch, daß man in französischen Geschäftskreisen von vornherein gehofft habe, daß die Errichtung der rheinischen Zolllinie für sie die Öffnung der deutsch-französischen Zollgrenze und somit ein Geschäft bedeute. Den besten Beweis dafür geben folgende Zahlen: Seit Errichtung des Rheinzollregimes wurden allein aus Frankreich für 172 Millionen Mark Braantwein, für 78 Millionen Liter, für 9 Millionen Champagner, für 10 Millionen Schokolade, für 1,6 Millionen Vanille, für 10 Millionen Seide und für eine Million Mark Leder, ferner aus Belgien für 3 Millionen Mark Krebse, für 6 Millionen Liter, für 10 Millionen Schokolade in das besetzte Rheinland eingeführt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man behauptet, daß es diesen französischen Kreisen weniger auf die Zollinnahmen, sondern weit mehr auf die Einfuhr französischer Waren in das besetzte Gebiet ankommt. Die obigen Zahlen beweisen, daß diese Kreise durchaus auf ihre Rechnung kommen.

### Aus Stadt und Land. Calw, den 21. Juni 1921.

**Sommeranfang.** Am 21. Juni, abends 6 Uhr 40 Minuten, tritt die Sonne in das Zeichen des Krebses. Dieser Termin ist der Beginn des astronomischen Sommers. Der 21. Juni ist der längste Tag im Jahre. In ihm geht die Sonne um 3 Uhr 46 Minuten auf und um 8 Uhr 17 Minuten unter. Bald beginnt wieder die Abnahme des Tages. Der Sommeranfang war für unsere germanischen Vorfahren ein festlicher Tag; sie feierten an ihm die Sommerjonnenuwende; auf den Berggipfeln und auf den Wiesen versammelten sie sich um etn Feuer, das

sie zu Ehren Walburs, des Gottes Lichts und der Schönheit, anzündeten. In zahlreichen Gegenden unseres Heimatlandes hat sich die Feier des Sommertages mit ihren Höhenfeiern erhalten; an manchen Orten hat man es verstanden, sie, nachdem sie verschwunden war, neu zu beibringen.

### Zusammenkunft der Angehörigen des 1. Bataillons R. I. R. 119.

Am 17. Juli 1921 findet die zweite Zusammenkunft des 1. Bat. R. I. R. 119 in Calw statt. Als Einleitung der diesjährigen Feier wird eine Gedenktafel an der Chorwand der Stadtkirche in Calw eingeweiht. Durch freiwillige Spenden ist es möglich, bedürftigen Angehörigen von gefallenen Kameraden sowie Invaliden des Bataillons die Fahrkarte nach Calw und zurück zu vergüten. Wer von dieser Vergünstigung Gebrauch machen will, wolle sich an Stadtpfleger Frey in Calw wenden. Auf die Anzeile im heutigen Blatt wird noch besonders hingewiesen.

### Aufführungen der „Schöpfung“ von Haydn in Nagold.

Der Mus.-Ver. Nagold führt am 26. 6. nachm. 4 1/2 Uhr in der Stadtkirche zu Nagold mit bekannten Stuttgarter Sängern und unter Leitung des Bläserchors der Tübinger Reichswehrkapelle die „Schöpfung“ von Haydn auf. Wir empfehlen unsern Lesern den Besuch der Aufführung des schönen Werks. Vielleicht laßt gerade manche von uns die Gelegenheit kurz nacheinander die „Schöpfung“ in Nagold und „die Jahreszeiten“ hier zu hören.

### Die Verteilung des Ertrages der Sammlung „Kinderhilfe“.

Die Sammlung „Deutsche Kinderhilfe“ hat bekanntlich in Württemberg 2,5 Millionen Mark ergeben. Die Unkosten (für Inzerate, Plakate, Schreibpapier) haben nicht ganz 10 000 A betragen; die Arbeit selbst wurde völlig unentgeltlich geleistet. Der Umsatz gemäß wurde ein Fünftel des Ertrages, also 500 000 A, dem Reichsausgleichsfonds für besondere Notbedürftige überwiesen. Die Oberämter und der Landesausgleichsfonds haben den Rest je zur Hälfte erhalten. Aus dem Ausgleichsfonds hat der Landesausgleich mit Rücksicht auf die ausgesprochene württembergische Anstaltspflege für kretlich und körperlich gehärdete Kinder 150 000 A zurückerhalten. Er hat aus der ihm nur zur Verfügung stehenden Gesamtsumme den Anfall, die nicht örtlichen Charakter tragen, 500 000 A als einmalige Gabe zugeteilt. Für die Einzelsürsorge blieben beim Landesausgleich nun noch 700 000 A. Diese sollen aber nicht auf einmal verbraucht, sondern auf drei Jahre verteilt werden, da eine Wiederholung der Sammlung für das notleidende Kind nicht alsbald wieder möglich sein, die Not aber doch mindestens in den nächsten Jahren sehr groß sein wird. Deshalb werden es die Oberämter machen mit dem ihnen für die Einzelsürsorge zur Verfügung stehenden Geld. Um die Kinderhilfe nicht in viele kleine, unwirksame Gaben zerflattern zu lassen und so tatsächlich hinauszuwerfen, muß eine Verteilung vorgenommen werden, durch die zwar viele Hoffnungen enttäuscht, aber doch da, wo eine Gabe hinkommt, wirkliche Hilfe geleistet wird. Es werden Gaben von 75—100 A gegeben in solchen Fällen, wo mit dieser Gabe eine sonst nicht erreichbare Verbesserung der Lage des Kindes erreicht werden kann, also z. B. eine Solbadkur, zu deren Kosten noch 75—100 A fehlen, oder die nach überstandener Krankheit vom Arzt für einige Zeit dringend gewünschte verbesserte Ernährung ermöglicht oder den Eltern eines krank gewordenen Kindes geholfen wird, die ihnen durch die Krankheit oder Operation entstandenen Kosten zu tragen. Es dürfte doch eine nicht unwesentliche Erleichterung der Kindernot darstellen, daß durch die Sammlung „Kinderhilfe“ nun 3 Jahre lang die Mittel zu Gehilfen in solchen besonderen Notfällen zur Verfügung stehen.

### Methodistenkirche von Süddeutschland.

Vom 1. bis 6. Juni ds. Js. fand in Freudenstadt die Jahreskonferenz der Prediger der bischöflichen Methodistenkirche von Süddeutschland statt. Die Berichte und Verhandlungen der Konferenz geben ein erfreuliches Bild von dem Stand des Werkes. Trotz der starken widerchristlichen Strömungen in unserem Volk ist ein erfreulicher Fortschritt auf allen Gebieten der kirchlichen Tätigkeit festzustellen. Die kirchlichen Räume erwiesen sich an vielen Orten zu klein, um den vorhandenen Bedürfnissen zu entsprechen. Der statistische Bericht brachte folgende Zahlen: die 108 Prediger in Süddeutschland repräsentieren zirka 19 000 Mitglieder in 71 Gemeinden mit 508 Predigtstühlen. An freiwilligen Beiträgen gaben die Mitglieder im letzten Jahre 1 879 524 A, 71 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Jugendvereine zählen insgesamt 11 318 Mitglieder. Der Zeitschriftenverlag, Zeitschriftenhaus Bremen, Nordbr. 78, versendet wöchentlich gegen 70 000 kirchliche Zeitschriften nach Süddeutschland. Im Verband der Diakonissenvereine der Methodistenkirche Deutschlands (Bethanien-Berein, Frankfurt a. M., Schwesterheim Bethanien in Hamburg und Martha-Maria-Berein in Nürnberg) arbeiten 580 Diakonissen, die in eigenen und fremden Krankenhäusern, in Skripturen und Privatpflegen, sowie als Gemeinbeschwestern dienen. Im Laufe des letzten Konferenzjahres wurden von der „Milden Stiftung Kinderhilfe der Methodisten“ 4 Kinderheime eingerichtet: in Moserlauden in Thüringen, in Blankenburg am Harz, in Kellheim am Taunus und in Nagold i. Schwarzwald. Ohne Unterschied der Konfession sollen teils unsonst, teils um billigen Tagespreis unterernährte und krank Kinder in diesen Heimen Pflege und Erholung finden. In größeren Städten sind Kinderpflegen durchgeführt worden. Das „Luthersche Tugendwald“ in Freudenstadt bietet den Mitgliedern der Kirche billige Erholungsmöglichkeiten. Für alleinlebende Alte und Gebrechliche gewährt das Heim Pilgerruhe in Schwarzenberg Orl. Neuenbürg (früher in Nagold) einen sorgenfreien Lebensabend. — Neben diesen erfreulichen Nachrichten ergab die Konferenz neue ermutigende Gesichtspunkte für eine zielbewusste Fortwärtsbewegung im neuen Konferenzjahr. Die Arbeit an der Jugend soll durch die Schaffung einer Lehrstuhls für Pädagogik am Predigerseminar in Frankfurt a. M. und durch die Auffstellung eines Sekretärs für religiöse Erziehung in ein neues Stadium treten.

### Papstliche Politik von Wil...

Auf einer freien Rede am 2. — 3. 00 G e m e... aus Baden, Württemberg wurde über einen Südwestdeutschen Professor Enders in Karlsruhe und drei Reichstagsabgeordnete in Stuttgart und Baden als wirtschaftliche Gegner und vertretene das wirtschaftliche Leben. Alle drei haben Bergwerke, das in Stuttgart, das in Baden, das in Stuttgart. Die Zusammenkunft der Angehörigen des 1. Bataillons R. I. R. 119 in Calw wird noch besonders hingewiesen.

### Die würt. Land...

Am 17. Juni ist in Stuttgart ein Verbandsrat zur Beratung im Alter von 8 Jahren in Stuttgart geleistet. 1837 g... seine Ausbildung im würt. — Nachfolger der deutschen evangelischen (1889), als Diakonus in (1880—87), als Dekan in (1887—1900) wurde er Mitglied der religiöse und theologische, später mehr das württembergische Werk.

### Die würt. Land...

In einer Sitzung des landwirtschaftlichen bewirtschaftung verhandlung der Landwirtschaftsverbandes, in der die letzten grundsätzlich aufschluß fest. Das Un... noch keine Preise für landwirtschaftlichen Org... der vorliegenden Verhältnismäßig über das U... Möglichkeit die Landwirte umlage schützen zu können, daß den Preise... Unternehmern zugunsten der Landwirtschaftsministeriums... schaftlicher Hauptverband... gende Erklärung ab: W... schlag der Vorschlag... nach bestimmtem... müssen aber feststellen, die Sicherheit durchführbar kann daher ihre Zustimmung geben und die Verantwortung...

### Die staatlichen V...

Das Ministerium des... gewisse Gemeinde... Fällen die Bereitwilligkeit... Gemeindevorteil... zum Wohnungsbau erla... Bauebenen zuvor den V... halten versprechen lassen... neue Gemeindepflegen... den Empfang einer Sum... erhalten hätten. Die ste... wenn die Gemeinden ih... Bei dem Vorgehen ge... des Betrages vor, wobei... bewirkt und je nach der... der als Täter, Anstifter... sucht wird noch, ob die... schaffsbeurteilung in... langt, daß ein Exempel... Zustand vorgebeugt wir... besondere Gesetzesbestim... die Gemeinden ein Zw... barischen bei vorhandene...

### Ausführung der...

Der Umstand, daß... bende Illertal (in... zugeweiht wurde, hat sich... der Überwasserkräfte sch... zwischen Württemberg... die Verteilung dieser...



**Nächste Brennholzzuweisung**

am Mittwoch, den 22. Juni 1921, nachmittags von 2-4 Uhr, an die Haushalte mit den Buchstaben U-3. Die Zuweisung erfolgt zu den bekanntgegebenen Bedingungen. Calw, den 20. Juni 1921. Stadtpfleger: Frey.

**Das städtische Fuhrwesen**

wird im schriftlichen Abstreich auf die Zeit vom 1. Juli 1921 bis 31. März 1922 unter den bisherigen Bedingungen vergeben.

Die veranschlagten Gebote wollen bis Donnerstag, den 23. Juni 1921, 11 Uhr vormittags abgegeben werden. Eröffnung derselben um diese Zeit. Calw, den 20. Juni 1921. Stadtpfleger: Frey.

**Bez.-Fischerei-Verein Calw.**

Am Sonntag, 26. Juni 1921, nachmittags 4 Uhr, findet in der Bahnhofsweirtschaft in Tettnach die jährliche

**Generalversammlung**

des Bezirks-Fischerei-Vereins Calw mit darauffolgendem **Fischessen**

statt, wozu sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

**Tagesordnung:**

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom letzten Jahr.
  2. Bericht des Vorsitzenden über den Besuch des Landesfischereitages in Horb.
- Weitere Anträge sind alsbald beim Vorstand schriftlich einzureichen.

Hirsau, den 20. Juni 1921.

S. A.: Vereins-Sekretär Bischofberger.

**Zahnpraxis  
Luibrand.**

**Sprechstunden:**  
von 9-1 Uhr  
und 2-6 Uhr

**Behandlung von Kranken-  
kassenmitgliedern.**

Der Unterzeichnete verkauft sein an der Panoramastraße gelegenes

**Gartengrundstück ca. 5 ar groß**

am Dienstag Abend 7 Uhr an Ort und Stelle im Aufstreich wozu Käufer eingeladen werden.

Stadtbaumeister Herbolzheimer, Calw.

**Fahrnis-Versteigerung.**

Wegen Abreise, verkaufe ich im Aufstreich am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 2 Uhr im Steindruck bei der Walkmühle gegen Barzahlung:

- 4 Bettladen teils mit Roste und Strohsäcke, 3 Oberbetten, 2 Haipfel und 1 Kissen, 1 lack. Kommode, 1 Kleider- u. 1 Küchenkasten, 1 Eßtisch, 1 schöne Bank, Sofa, 1 Küchentisch, Küchengehirr, 1 Kinderwagen, Porträt, 2 Schlitten und Sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kollb.

**Herde, Waschkessel  
Defen**

**Rupferschiffe**

kaufen Sie billig bei  
Eugen Lebzelter,  
Schlossermeister, Calw.  
Telefon 178 Telefon 178.

**Pforzheim-Brötzingen.  
Manufaktur-, Betten- und Aussteuergeschäft  
Eduard Bausch.**

80 cm blau u. weiß gestreift Körperbarchent  
82 u. 124 cm blau u. weiß gestr. Atlasbarchent  
82 und 124 cm uni'rot Atlasbarchent  
gute und beste Qualität billigste Preise



**Bettfedern**  
à 30, 40, 50 Mk. per Pfd.  
grau u. weiß, dopp. ger.

**fertige Betten**  
2 Decken, 4 Haipfel,  
reichl. gefüllt, 12-1400  
Mark, in nur solid. Aus-  
führung, (bestrichen).

**Bett-Kallun, Bett-Zeug, Damaste**  
in allen Preislagen.

**A. OELSCHLÄGER'SCHE  
BUCHDRUCKEREI, CALW**

Die  
wirkungsvolle Ausstattung  
von Reklamedrucksachen  
bedingt stets deren  
Erfolg!

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw. einen noch so geschickt abgefassten Text anweisen, so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil zur wirkungsvollen Herstellung mit dazu beiträgt

**Wirklich zweckentsprechende Drucksachen  
bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausfüh-  
rung liefern wir in denkbar kürzester Frist**

**Althengstett.**

Einen Wurf starke, reine  
**Milchschweine**



verkauft am Donnerstag,  
den 23. Juni ds. Js. von  
mittags 1 Uhr ab.  
Jakob Weiß (L. E.)

**Alzenberg.**

**1,5 Hühner**

jetzt noch im besten Legen  
verkauft.

Fr. Lörcher.

Ein guterhaltenes

**Fahrrad**



hat zu verkaufen.  
Karl Frohnmeyer,  
Althengstett.

**Kleinfabrikation i. Hause**

dauernde u. sichere Existenz  
ohne Kapital; besondere  
Räume und Berufs-  
aufgabe nicht nötig.  
Ausk. kostenlos.

Chemische Fabrik Kob.  
Heinrich, Zeig-Untersdorf

**Birka 1000 Stück**

gute alte

**Ziegel**

hat zu verkaufen.  
Ww. Hölzle, Würzbach.

**Wollen Sie das**

„Calwer Tagblatt“ im nächsten Vierteljahr lesen,

**dann bestellen Sie**

noch heute bei Ihrem Postamt das „Calwer Tagblatt“  
für das 3. Quartal 1921.

**Sie erhalten dann**

unsere Zeitung pünktlich zugestellt.

**I. Batl. R.-J.-R. 119.**

Am 17. Juli 1921 findet in Calw

**die feierliche Enthüllung**

**einer Gedenktafel**

für die gefallenen Kameraden

statt, wozu alle Angehörigen des Bataillons her-  
lich eingeladen werden.

12 Uhr: Festakt an der Stadtkirche.

2 Uhr:  
**Kameradschaftliches Zusammensein**

im „Badischen Hof“.

Die Angehörigen unserer gefallenen Kameraden  
werden gebeten, der Feier beizuwohnen.

Mittagessen u. Nachtquartier wollen bei Kamerad  
Frey, Stadtpfleger in Calw, bis zum 10. Juli  
angemeldet werden.

Die Kameraden werden gebeten, zum ehrenden  
Andenken an die Gefallenen Orden und Ehren-  
zeichen anzulegen.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

Rueff.

**Altensteig.**

Von täglich frisch eintreffenden Sendungen

empfehle

la 20 % fette

**Algäuer-, Limburger- und  
Stangen-Käse**

la schön gelochten

**Schweizer-Käse**

vollfette Tilsiter Käse

**bayr. Kräuterkäse**

**ffte. Algäuer-Tafelbutter**

in 1 Pfund-Stücken.

Chr. Burghard junior.

**Kunstoffärberei Stuttgart**

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: W. Entenmann, Leder-  
str. 91

**Mark 10000**

gegen gute Sicherheit für so-  
fort aufzunehmen gesucht

Gest. Angebote unter E.  
N. 141 an die Geschäftsstelle  
dieses Blattes erbeten.

In kleinem Villenhaus halt  
findet gesundes, kernfreudig.

**Mädchen**

gute wirtschaftliche Ausbildg.  
bei freundlicher Behandlung.

Frau Direktor Schroedter  
Durlach, Uhlandstraße 10.

**Ordentliches  
Dienstmädchen**

auf 1. Juli oder später geg.  
hohen Lohn gesucht

Frau Maschke,  
Pforzheim-Brötzingen,  
Marktplatz.

**Maler-  
Lehrling.**

Ordentlicher Junge wird  
unter günstigen Bedingungen  
nach Pforzheim

in die Lehre genommen.

Näheres zu erfragen in  
der Geschäftsstelle ds. Blatt.  
und auf dem Arbeitsamt.

**Stal. Zwiebel**

empfiehlt

A. M. Frommer, Wart-  
Altburg.

**Pfannkuch & Co.**

Frisch  
eingetroffen!

**Pyramiden-  
Fliegen-  
fänger**

mit Stift

Stück 45 Pf.

**Pfannkuch & Co.**

G. m. b. H.



**Die eng...**

London, 21. Juni.  
auf der Reichston-  
Wälder der Welt hätten  
größerem Maße als je  
verbunden siehe als Zeu-  
heit. Es könnten kein  
Europas und für einen  
sel denn auf der Grun-  
oder auf einem der B-  
neuer Verhältnisse mit  
ruppen angenommen  
vorkommen und sein  
Zwe. Wenn der Glau-  
halten werde, so werde  
bei Not und des Krieg  
sehr leicht durch die Fe-  
den. Bezüglich des W-  
jagde der Premiermin-  
Freundschaft beizubehal-  
fernen Osten angewend-  
und wo wir ebenso wi-  
schleiten und offene  
größeres Unglück wider-  
der Scheidung der W-  
Zusammenwirken mi-  
Kardinalgrundsatz. W-  
in allen Teilen der W-  
mit den amerikanischen  
Herabsetzung der W-  
wünschen und wir förm-  
Vorschläge einen Man-  
auf unserer Seite sind  
daß die Macht zur S-  
Gesamtbestandes des  
Maßnahmen in Betrad-  
Mehr wollen wir nicht  
pfehlen sein. — Cr-  
der Abänderung Japans

**Zur au...**

England und  
Frank-  
London, 22. Juni.  
ist eine Antwort auf d-  
hohen Forderungen an  
Krieg der russischen Pa-  
Abtretung von Gütern  
hat. Die Antwort bejaht  
Krieg der französischen  
alle Rechte ihrer Staats-  
weil darauf hin, daß für  
lang britischer Forderungen  
von Lloyd George abge-  
Forderungen die Unterstü-  
ein allgemeines Abkomm-  
gestritten werde. — Wel-  
erkenntung der Schulden  
reich, die dadurch entsta-  
W 111 arben für die  
strategischer Bahnen an  
Der Völkerbund  
denf, 21. Juni. R-  
mliche Sitzungen abgef-  
Sitzung die Proteste be-  
wesenheit französischer  
Gerichte im Saargebiet,  
der Frankenswährung im  
Verständ der Regierung  
wichtigste ausführlich die  
Maßnahmen und der W-  
zu. Präsident Raoulb  
Hinweis zu entkräften,  
Vermacht durch ein Dekr-  
weisungen zum Teil wi-  
hinigte u. a. an, daß ei-  
die französische National-  
land geborene Person, je-  
lich dort niedergelassen  
verhört gelebt (Beamte o